

Doppelinterview mit Pascal Kober (FDP) und Beate Müller-Gemmeke (Grüne)

Hält das Arbeitszeitgesetz der Digitalisierung Stand?

Eigentlich wollten FDP und Grüne gemeinsam mit der CDU regieren – doch die Verhandlungen scheiterten. Andrea Resigkeit, Leiterin iGZ-Hauptstadtbüro, und Dr. Benjamin Teutmeyer, iGZ-Referent Public Affairs, suchten mit MdB Pascal Kober (FDP) und MdB Beate Müller-Gemmeke (Grüne) nach Gründen.

Z direkt!: Zum Thema Digitalisierung und Arbeitswelt, was hätte man mit den Grünen durchsetzen können und woran ist es gescheitert?

Kober: Die Unterschiede werden im Konkreten erkennbar. Bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit etwa vertritt Frau Müller-Gemmeke, die Mitglied bei GewerkschaftsGrün ist, andere Positionen als wir. In den Bereichen Digitalisierung und Bildung hätten wir hingegen mehr Gemeinsamkeiten. Dass der Bund aber die Länder bei der Finanzierung der Schulen unterstützt, wir die Kleinstaaterei im Bildungsföderalismus überwinden, ist auch am grünen Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, gescheitert. Es wäre aber richtig gewesen. In einer globalisierten Welt stehen nicht Schulabgänger aus Bayern und Bremen miteinander in Konkurrenz, sondern beide mit Schülern aus Shanghai und New York.

Z direkt!: Wo wäre es nicht so gut gegangen?

Kober: Mehr Selbstbestimmung und Freiheit bei der Gestaltung von Arbeitszeiten wäre mit den Grünen schwierig geworden. Beim Glasfaserausbau wären wir wohl gemeinsam vorangekommen

Z direkt!: Die Grünen haben vier Wochen mit der CDU, der CSU und der FDP Sondierungsverhandlungen geführt. „Jamaika“ war das Zauberwort, das Zukunft verheißen wollte. Die Digitalisierung war hierbei ein wesentliches Thema. In welchen Punkten hätten Sie sich mit der FDP einigen können?

Müller-Gemmeke:

Beim Thema Digitalisierung gab es viele Übereinstimmungen: Ausbau der digitalen Infrastruktur, Netzneutralität, gute Rahmenbedingungen für digitale Geschäftsmodelle, IT-Sicherheit, steuerliche

Forschungs- und Entwicklungsförderung, Stärkung der beruflichen Bildung. Es gab viele wichtige Punkte, auf die wir uns verständigt haben, auch wenn es noch nicht bis auf den letzten Euro durchgerechnet war.

Z direkt!: Wo war es schwierig?

Müller-Gemmeke: Schwierig wird es mit der FDP, wenn es um die konkreten Arbeitsbedingungen in der (digitalen) Arbeitswelt geht – insbesondere bei der Arbeitszeit. Die Digitalisierung eröffnet Chancen für die Betriebe, aber auch für die Beschäftigten, weil Arbeit nicht mehr an Ort und Zeit gebunden ist. Aber wir Grünen sehen auch Ri-



– solange durch die Verlegung der Kabel nicht ein seltener Molch betroffen worden wäre.

Z direkt!: Also gab es doch größere Differenzen?

Kober: Nach fünf Wochen Sondierung hatte man sich auf kaum einem Gebiet geeinigt. Das sagt schon alles. Dass die Grünen die Zeitarbeit nicht als Chance sehen, sondern eindämmen wollen, ist bekannt. Die Frage ist generell: Wen oder was wollen wir begrenzen? Wir sagen: Lassen wir doch den Menschen mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit. Viele Selbstständige und Freiberufler arbeiten mit Freude auch am Wochenende und bis spät in den Abend hinein. Sie sind hoch motiviert, weil ihnen ihre Arbeit Sinn vermittelt, sie das Gefühl haben, dass sich ihre Arbeit lohnt und weil sie sich als selbstbestimmt empfinden.

Z direkt!: Das kann aber nicht jeder. Angestellte sind an Weisungen gebunden. Was ist mit denen?

Kober: Wir wollen nur noch die Höchstarbeitszeit gesetzlich festlegen. Die Details sollten dann in Tarifverträgen branchen- und arbeitsplatzspezifisch geregelt werden. Was spricht dagegen, dass jemand auch einmal 13 Stunden am Tag arbeitet

siken. Smartphones rund um die Uhr und überall einsetzbare Laptops und Tablets können zu (unbezahlter) Mehrarbeit, dauernder Verfügbarkeit und umfassender Leistungskontrolle führen. Die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit schwimmt immer mehr. Deshalb brauchen wir gerade bei der Arbeitszeit klare Regeln, um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen. Denn die Zahl der arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen steigt. Darunter leiden die Beschäftigten und es entstehen auch enorme Kosten für die Betriebe und für die Sozialversicherungssysteme.

Z direkt!: Wie sollte der Gesetzgeber diesen Schutz organisieren? Könnte er auf betrieblicher oder tariflicher Ebene nicht besser geregelt werden?

Müller-Gemmeke: Es muss bei der Arbeitszeit einen einheitlichen Rahmen geben, der für alle gilt.

und dafür am folgenden Tag erst später ins Büro kommt, wenn es sein Arbeitsplatz und die Art der Arbeit zulassen? Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist durchaus im Interesse der Angestellten. Wir sehen jedenfalls einem sehr differenzierten Arbeitsmarkt entgegen, wenn es um die Arbeitszeiten geht.

Z direkt!: Was ist wichtig und muss bleiben?

Kober: Wichtig ist, dass die Menschen ihre Arbeit gern machen und gesund bleiben. Das ist aber nicht allein eine Frage der Arbeitszeitregelung oder der Lohnhöhe. Es gibt noch andere Faktoren, die bei der Frage der Gesundheit und Zufriedenheit im Arbeitsleben eine Rolle spielen. Wir müssen das Thema Arbeit ganzheitlicher betrachten. Ein wesentlicher Faktor zum Beispiel ist die Frage des Grades der Selbstbestimmtheit. Ein Arbeitszeitgesetz, das individuellere Arbeitszeiten ermöglicht, leistet hier einen positiven Beitrag. Uns geht es darum, Möglichkeiten zu eröffnen, statt zu schließen.

Z direkt!: Das gilt aber nicht uneingeschränkt?

Kober: Nein. Aber es ist besser, auch mal etwas zuzulassen und auszuprobieren, statt es von vorn-

Und dieser Rahmen ist das Arbeitszeitgesetz, so wie es heute ist. Denn das Arbeitszeitgesetz ist nicht starr. Im Gegenteil – es ist bereits heute flexibel und ermöglicht durch Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und behördliche Genehmigungen ausreichend Gestaltungsmöglichkeiten für die Betriebe. Flexibilität ist aber keine Einbahnstraße. Notwendig ist innerhalb des einheitlichen Rahmens auch mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten. Sie sollen mehr Einfluss nehmen können über die Dauer, Lage und Ort ihrer Arbeitszeit und ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit erhalten. Mehr Freiheiten bei der Gestaltung der eigenen Arbeitszeit vermindern Stress und Überlastung und sorgen gleichermaßen dafür, dass Arbeit neben Familie, Pflege, Freizeit oder Ehrenamt gut ins Leben passt.

Z direkt!: Wer trägt die Verantwortung für das Glück im Job: die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber oder der Staat?

herein aus Angst vor Missbrauch zu verbieten. Beispiel Zeitarbeit. Hier wurden unter Rot-Grün die Möglichkeiten erweitert. Dann kam der Fall Schlecker mit der konzerninternen Zeitarbeit. Er hatte regulär Beschäftigte entlassen und in eigenen Zeitarbeitsunternehmen wieder angestellt und am selben Arbeitsplatz für einen geringeren Lohn eingesetzt. Das war nicht ok. Das haben wir dann sofort verboten.

Z direkt!: Häufig ist in der Arbeitswelt der Vorteil des Einen der Nachteil des Anderen...

Kober: Ja. Nehmen Sie als Beispiel das Elternzeitgesetz oder das Recht auf Teilzeit. Was für den einen Arbeitnehmer Freiheit bedeutet, führt auf der anderen Seite zu einem Anstieg an befristeter Arbeit und Teilzeitarbeitsplätzen – für Menschen, die vielleicht etwas anderes wünschen. Die vielen Regulierungen im Arbeitsrecht fördern auch den Trend hin zur Vergabe von projektbezogener Auftragsarbeit.

Z direkt!: Aber wo bleibt der Schutz?

Kober: Wer körperlich anstrengend oder psychisch belastend arbeitet, braucht selbstverständlich einen

Müller-Gemmeke: Alle drei. Der Staat setzt mit dem Arbeitszeitgesetz den Rahmen und garantiert damit einen Ausgleich zwischen den Flexibilitätsinteressen der Wirtschaft und dem notwendigen Schutz der Gesundheit der Beschäftigten. Zugleich definiert dieser Rahmen auch Zeiten, in denen die Mehrheit der Beschäftigten nicht arbeitet, denn nur so kann Familie und das Leben in der Gesellschaft funktionieren. Diesen politischen Rahmen müssen dann die Unternehmen und Beschäftigten verantwortungsvoll mit Leben füllen.

Z direkt!: Wo sehen Sie Ihren Schwerpunkt in der kommenden Legislaturperiode?

Müller-Gemmeke: Den Wandel in der Arbeitswelt müssen wir politisch gestalten und genau das steht bei mir ganz oben auf der Agenda. Nur wenn die heutigen Sozial- und Arbeitsstandards weiterhin gelten, entstehen fairer Wettbewerb und gute

anderen Arbeitsschutz als ein Programmierer, der vielleicht morgens lang ausschläft, dann zwei Stunden arbeitet, dann zum Sport geht und dann sechs oder acht Stunden arbeitet – je nachdem, wie weit sein Projekt fortgeschritten ist. Das Arbeitsrecht muss Differenzierungen ermöglichen. Ich setze da sehr auf die Tarifpartner, weniger auf den Gesetzgeber.

Z direkt!: Wo sehen Sie Ihren Schwerpunkt in der kommenden Legislaturperiode?

Kober: Das geltende Arbeitszeitgesetz ist bald ein viertel Jahrhundert alt. Als es entworfen wurde, gehörten Handy und SMS oder die Cloud noch nicht zu unserem Alltag. Dieser gesetzliche Rahmen muss deshalb an die Digitalisierung angepasst werden. Wir sollten auf flexible Arbeitszeiten setzen, weil dies im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen ist. So könnte beispielsweise die Anpassung von einer Tageshöchstzeit auf eine Wochenhöchstzeit helfen, die Arbeitszeit flexibler auf die Wochentage zu verteilen.

Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt. Arbeit soll nicht prekär, sondern fair entlohnt und sicher sein. Ebenso soll Arbeit nicht weiter entgrenzen und verdichtet werden. Ganz wichtig ist auch eine vorausschauende Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive, damit möglichst alle Beschäftigten Chancen und Perspektiven erhalten. Denn von der Digitalisierung sollen nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Menschen profitieren.

Z direkt!: Welches Thema steht Ende des nächsten Jahres ganz oben auf der Agenda?

Müller-Gemmeke: Natürlich die Digitalisierung.



Premiere: iGZ und Friedrich-Naumann-Stiftung luden zur Diskussion

Die Arbeitswelt von morgen

Mit der digitalen Revolution steht die Menschheit – wieder einmal – an der Schwelle zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen: „Arbeitswelt der Zukunft – flexibel und mobil“ lautete das Thema einer Veranstaltung, die der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) erstmalig gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin anbot.

Anne Wellingerhof, Leiterin des Regionalbüros Berlin-Brandenburg der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, begrüßte die Teilnehmer, darunter mehrere Bundestagsabgeordnete und Vertreter der Regierung, zu dieser Premiere und verwies in ihrer Rede auf die vielen Unwägbarkeiten der neuen Arbeitswelt. Fraglich sei etwa die Nachhaltigkeit der neuen Trends wie die Gestaltung flexibler Arbeitszeiten und der Wahl des Arbeitsortes. Spannend sei zudem auch die Kombination von Flexibilität und sozialen Rahmenbedingungen.

Auf die komplette Veränderung von Informationsflüssen nicht zuletzt wegen des Internets verwies Sandra Bierod-Bähre, Präsidiumsmitglied des Bundesverbands der Arbeitsrechtler in Unternehmen e.V., in ihrem Impuls zum Thema „Die Arbeitswelt der Zukunft – flexibel und mobil?“. Es finde mittlerweile ein ganz anderer Lebensalltag statt, „da jedem weltweit jederzeit riesige Datenmengen zur Verfügung stehen.“



Über die digitale Zukunft der Arbeitswelt sprachen (v.l.): MdB Pascal Kober (FDP), Fernsehjournalistin Anke Plättner, MdB Beate Müller-Gemmeke (Grüne), iGZ-Bundesvorsitzender Christian Baumann, Sandra Bierod-Bähre, Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Arbeitsrechtler in Unternehmen, und Anne Wellingerhof, Leiterin des Regionalbüros Berlin-Brandenburg der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Das habe Auswirkungen auf die Arbeit – Führungskräfte seien mit vollkommen neuen Herausforderungen konfrontiert, weil Teams nun standortübergreifend und virtuell strukturiert seien. „Die Berichtslinien werden zunehmend volatil“, erläuterte sie die Folgen. Auch die Erwartungen der Mitarbeiter seien gestiegen. „Die Gestaltung der Arbeit entwickelt sich genau wie die Erwartungshaltung immer individueller“, unterstrich Bierod-Bähre. Dazu gehöre auch der Wunsch nach mehr Mobilität der Arbeitsplätze. „Die einzige Sicherheit, die wir haben, ist: Es wird eine Veränderung geben. Wir sollten sie auf jeden Fall realistisch und im gemeinsamen Dialog gestalten“, appellierte sie an das Plenum.

Wohin die digitale Reise gehen könnte, diskutierten anschließend Sandra Bierod-Bähre, Beate Müller-Gemmeke (MdB), Arbeits- und Sozialpolitikerin (Grüne), und MdB Pascal Kober (FDP), Beisitzer im FDP-Bundesvorstand. Moderiert wurde die Runde von Fernsehjournalistin Anke Plättner. Müller-Gemmeke und Kober demonstrierten weitgehende Einigkeit bei der Frage nach der Digitalisierung der Arbeitswelt. Kober

unterstrich allerdings die unterschiedlichen Auffassungen etwa bei der Gestaltung der Arbeitszeitregelung. „Ich glaube aber, im Bereich Bildung hätten wir zusammen mit den Grünen größere Sprünge gemacht als mit der CDU“, merkte der FDP-Politiker im Schatten der gescheiterten Jamaika-Verhandlungen an.

Müller-Gemmeke unterstrich, die Digitalisierung berge nicht nur Chancen, sondern auch echte Risiken. Jetzt sei es an der Zeit, sich mit der Ethik der Algorithmen, zum Beispiel mit Blick aufs Thema Transparenz der Daten, auseinanderzusetzen. Bierod-Bähre erklärte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit einer stärkeren Individualisierung des Arbeitsrechts. Es sei zu erwarten, dass künftig auch klassische Berufe wie etwa das Bäckerhandwerk eine digitale Komponente haben. „Nun gilt es, die Erwartung der Mitarbeiter zu einem sinnvollen Ganzen zu bündeln.“ Die Gesetzeslage müsse dann auch in der Realität abbildbar sein.

Kober erinnerte daran, angesichts der Entgrenzung von Arbeit nicht die Arbeitszufriedenheit aus den Augen zu verlieren. Hier sah Müller-Gemmeke auch die Politik in der Pflicht: „Es liegt in unserer Verantwortung, die Beschäftigten zu schützen.“ Es sei wichtig, einen Interessenausgleich zwischen Mitbestimmung und Rahmenbedingungen der Arbeitgeber herzustellen sowie die Freiräume der Beschäftigten zu stärken.

„Flexibilität ist gefragt“, stellte der iGZ-Bundesvorsitzende Christian Baumann im Schlusswort fest. Er betonte, die Zeitarbeit sei geradezu prädestiniert für die Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt, denn in dieser Branche werde Flexibilität täglich praktiziert. Gleichzeitig warnte Baumann jedoch, den Aspekt der Flexibilität zu überschätzen: „Wir haben vollkommen unterschiedliche Ansprüche zwischen den Generationen“, zeichnete er die Alterspyramide der Beschäftigten nach. Es gebe auch Arbeitnehmer, die die Folgen der Digitalisierung nicht wollen.

Es gelte, die Ansprüche wirtschaftlicher Produktion mit den persönlichen Ansprüchen der Arbeitnehmer zu vereinbaren. „Flexibilität ist eben auch eine Frage der gesellschaftlichen Umsetzbarkeit“, erläuterte Baumann angesichts des status quo der Wirtschaft.

■ Wolfram Linke

Anzeige

AGIL
Software GmbH



„AGIL begeistert,
bestimmt auch 2018.“

Die Software für Zeitarbeit.

Jetzt testen.
Kostenlos.

20
JAHRE
KNOW-HOW

WIR SIND AGIL.

T +49 (0)7331 300800 . agil-software.de